



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 19.03.2009

im Sitzungsraum 152 des Rathauses Beckum, Weststraße 46, 59269 Beckum

Hinweis: Die Niederschrift ist im Bürgerinformationssystem auf den öffentlichen Teil beschränkt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
2. Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 12.02.2009 - öffentlicher Teil -
3. Bericht der Verwaltung
4. Beratung des Haushaltsplanes 2009 für den Bereich Umwelt, Infrastruktur und Verkehr
Vorlage: 2009/0030 Beratung
5. Stadtentwicklungskonzept Beckum 2020
Vorlage: 2009/0034 Beratung
6. Anfragen

Anwesenheitsliste

Anwesend:

CDU-Fraktion

Frau Barbara Heckmann
Herr Stefan König
Herr Lothar Stumpenhorst

Vertretung für Herrn Joachim Mücke

Vertretung für Herrn Dieter Beelmann, bis 19.28 Uhr, Teil TOP 4, nö.T.

CDU-Sachkundige Bürger

Herr Tobias Nordhoff
Herr Josef Schumacher

SPD-Fraktion

Herr Albert Pott
Herr Peter Redegeld

Vertretung für Herrn Erwin Sadlau

SPD-Sachkundige Bürger

Herr Günter Bürsmeier
Herr Rainer Ottenlips

FWG-Fraktion

Herr Heinz Haske

bis 19.28 Uhr, Teil TOP 4, nö.T.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jutta Linnemann

FDP-Fraktion

Herr Tobias Tarner

Verwaltung

Frau Susanne Faust
Herr Klaus Fernkorn
Frau Gabriele Günnewig
Herr Heinz-Josef Heuckmann
Frau Brigitte Janz
Herr Holger Klaes
Herr Rudolf Meyer

bis TOP 4, ö.T.

Herr Thorsten Herbst
Herr Wolfgang Meier
Frau Maria Schlieper

bis TOP 4, ö.T.

Nicht anwesend:

CDU-Fraktion

Herr Rudolf Goriss

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

Protokoll

Die Sitzungsleitung eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben.

Öffentlicher Teil:

1. **Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern**

Anfragen erfolgten nicht.

2. **Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 12.02.2009 - öffentlicher Teil -**

Einwendungen wurden nicht erhoben.

3. **Bericht der Verwaltung**

Frau Janz berichtete zu folgenden Themen:

Getrennte Abwasserbeseitigungsgebühr

Die Anzahl der Klagen haben sich seit dem letzten Presseartikel von 13 auf aktuell 16 erhöht. Davon seien 12 fristwährend ohne Begründung erhoben worden, die restlichen vier wenden sich gegen die ermittelten Flächen, die in drei Fällen auf Schätzungen beruhen, im vierten Fall soll sich eine Änderung nach Bescheiderteilung ergeben haben. Von den genannten vier Verfahren seien zwei ruhend gestellt, bei den anderen beiden sei die Abflusswirksamkeit der Flächen zu überprüfen.

Antrag der FWG-Fraktion auf Einrichtung eines Urnengrabfeldes auf dem Friedhof Elisabethstraße

Unter Bezugnahme auf die Sitzung des Ausschusses am 12.02.2009 und die dort getroffene Entscheidung hinsichtlich der Zurückstellung des Bürgerantrages auf Einrichtung eines Urnengrabfeldes auf dem Friedhof Elisabethstraße, habe die FWG-Fraktion am 15.03.2009 beantragt, in der übernächsten Ausschusssitzung über die Änderung des Konzeptes Friedhof Elisabethstraße insofern zu entscheiden, als dort zeitnah die Bestattung auf einem Urnengrabfeld ermöglicht werden solle. Seitens der Verwaltung sei aufgrund der Zurückstellung die weitere zeitliche Abfolge bisher so vorgesehen gewesen, dass in Zusammenhang mit dem Bürgerantrag auch eine mögliche Kostenoptimierung sowie die Anfrage bezüglich Erhöhung der Urnenanzahl in einem Grab und die Beisetzung Auswärtiger in einer der Sitzungen nach den Sommerferien thematisiert werde. Nunmehr werde in der Sitzung am 30.04.2009 die Entscheidung über den Bürgerantrag gesondert wieder aufgegriffen.

Herr Meyer berichtete zu folgenden Themen:

Entwicklung Bürgerbussystem

In der letzten Sitzung des AUIV am 12.02.2009 sei die Verwaltung beauftragt worden, die Option eines Bürgerbussystems weiter zu entwickeln. In diesem Zusammenhang sollte ein Vertreter der Dachgesellschaft „Pro Bürgerbus NRW e.V.“ sowie ein Vertreter des Regionalverkehrs Münsterland (RVM) eingeladen werden, um nähere Details zum Bürgerbussystem vorzustellen.

Anlässlich der Abstimmung mit der RVM sei angeregt worden, vor einer weiteren Diskussion zunächst zu klären, in welchem Rahmen ein möglicher Bürgerbus in Beckum in Betracht komme. Die RVM habe sich bereit erklärt, diese Prüfung gemeinsam mit der Verwaltung durchzuführen. Seitens der Verwaltung sei beabsichtigt, diesen Vorschlag aufzugreifen, das Einverständnis des Ausschusses vorausgesetzt. Angedacht sei daher, vor einer weiteren

grundsätzlichen Diskussion zum Bürgerbus gemeinsam mit den Verkehrsträgern unter Berücksichtigung der aktuellen Situation zunächst eine Schwachstellenanalyse des klassischen ÖPNV in Beckum durchzuführen.

Ziel sei es, diese Analyse des ÖPNV in Beckum mit Benennung der Schwachstellen bis Juni/Juli 2009 zu erstellen und in der Sitzung des AUIV am 27.08.2009 unter Beteiligung der Verkehrsträger in Beckum vorzustellen.

In dieser Sitzung sollte dann auch das weitere Verfahren zur Prüfung der Optionen für die Einführung eines Bürgerbussystems festgelegt werden.

Seitens der Ausschussmitglieder wurden zu dem dargelegten weiteren Vorgehen keine Einwände erhoben.

Empfehlungen der Bezirksregierung Münster zur Brandschutzbedarfsplanung im Regierungsbezirk Münster

1. Mit E-Mail vom 10.03.2009 habe Herr Koch –als SPD-Fraktionsvorsitzender- dem Bürgermeister eine Verfügung der Bezirksregierung Münster vom 09.02.2009 –die diese als Handreichung zur Brandschutzbedarfsplanung bezeichnet- zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig habe Herr Koch um Mitteilung im zuständigen Fachausschuss gebeten, inwieweit sich hierdurch Auswirkungen auf den bisherigen Brandschutzbedarfsplan der Stadt Beckum ergeben.
Diese Verfügung der Bezirksregierung habe auch der Kreis Warendorf der Stadt Beckum mit Schreiben vom 09.02.2009 zur Kenntnis übersandt.
2. Diese Handreichungen haben lt. Verfügung der Bezirksregierung Münster „empfehlenden“ Charakter.
Die in dieser Verfügung gegebenen Hinweise, insbesondere zu den Schutzziele 1 und 2 mit den Kriterien Hilfsfrist, Ausrücke und Anfahrtszeit, Einsatzstärke und Erreichungsgrad seien insbesondere bei der Aufstellung von Brandschutzbedarfsplänen zu beachten; im Brandschutzbedarfsplan der Stadt Beckum von 2006 seien diese Aspekte bereits berücksichtigt.
3. Im Brandschutzbedarfsplan der Stadt Beckum sei u.a. auch dargestellt, dass zur Schutzzieleerreichung im Brandschutz auch die hauptamtliche Besatzung des RTW Beckum (RTW I) grundsätzlich angerechnet werden soll.
Nachdem bisher hierzu kein Einvernehmen mit der Bezirksregierung Münster bestanden habe, sei diese Anrechenbarkeit in einer gemeinsamen Besprechung mit der Bezirksregierung Münster und dem Kreis Warendorf am 04.12.2008 festgelegt worden; hierüber sei bereits in der Sitzung des AUIV am 11.12.2008 berichtet worden.
4. Einvernehmlich mit der Bezirksregierung Münster und dem Kreis Warendorf –als Aufsichtsbehörden- solle das im Brandschutzbedarfsplan dargestellte Konzept der Stadt Beckum im Jahr 2009 umgesetzt werden.
Über das Ergebnis der Umsetzung des Konzeptes und die Auswertung der entsprechenden Einsätze im Brandschutz habe die Stadt Beckum zur Jahresmitte und bis Ende 2009 der Bezirksregierung Münster / dem Kreis Warendorf zu berichten. Hierbei seien die Handreichungen / Empfehlungen der Bezirksregierung Münster zur Brandschutzbedarfsplanung lt. Verfügung vom 09.02.2009 zu berücksichtigen.
5. Auswirkungen auf den Brandschutzbedarfsplan der Stadt Beckum oder weitergehender Handlungsbedarf ergebe sich aufgrund dieser Verfügung der Bezirksregierung Münster zur Brandschutzbedarfsplanung für die Stadt Beckum nicht.

Ratsmitglied Linnemann äußerte ihr Unverständnis hinsichtlich der von Ratsmitglied Koch mit der Email beabsichtigten Aussage.

4. Beratung des Haushaltsplanes 2009 für den Bereich Umwelt, Infrastruktur und Verkehr Vorlage: 2009/0030 Beratung

Der Vorsitzende übergab zunächst das Wort an den Kämmerer der Stadt Beckum, Herrn Holger

Klaes. Dieser führte anhand allgemeiner Vorbemerkungen zum Verwaltungs-Etatentwurf 2009 in den Tagesordnungspunkt ein. Der Bürgermeister habe am 26.02.2009 den ersten NKF-Haushalt im Rat eingebracht. Die Etatberatungen im Haupt -und Finanzausschuss seien für den 31.03.2009, erforderlichenfalls zusätzlich für den 01.04.2009 terminiert. Es sei vorgesehen, den Haushalt in der Sitzung des Rates am 28.04.2009 beschließen zu lassen. Bislang habe man es in der städtischen Haushaltswirtschaft mit der Kameralistik zu tun gehabt. Die Einnahmen führten zu einer Erhöhung, die Ausgaben zu einer Minderung des städtischen Geldvermögens. Ab diesem Jahr beschäftige man sich im Rahmen der Etatberatungen erstmalig mit der Doppik, die in etwa der kaufmännischen Buchführung in der freien Wirtschaft entspreche. Hier stehe im Mittelpunkt der Betrachtung der Ressourcenverbrauch. Herzstück des NKF-Haushaltes sei der Ergebnisplan. Er weise die geplanten Aufwendungen und Erträge aus. Als Ergebnisrechnung entspreche er der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung. Die für die Stadt wichtigen Planungen werden als Soll - und als Ist-Zahlen nachgewiesen. Der diesjährige Ergebnisplan habe nur durch Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. 3,44 Mio.€ ausgeglichen werden können und sei damit fiktiv und nicht strukturell ausgeglichen. Damit verringere sich das diesjährige Eigenkapital. Auch im NKF stehe der Haushaltsplan im Mittelpunkt der kommunalen Planung, Bewirtschaftung und Rechnungslegung. Die Umstellung auf die neuen Rechengrößen Erträge und Einzahlung statt Einnahmen sowie Aufwendungen und Auszahlung statt Ausgaben haben zu Änderungen und Ergänzungen für den Inhalt und Aufbau des Haushaltsplans geführt. Der Haushaltsplan sei nun für die einzelnen Produkte aufgestellt, d.h. der Ressourcenverbrauch rücke in den Vordergrund. Der Haushaltsplan, der nach wie vor über die finanzielle Gesamtsituation der Stadt Auskunft gebe, enthalte in erster Linie den Ergebnisplan und den Finanzplan. Neben diesen Plänen gebe es so genannte Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne. In diesen Plänen komme die Besonderheit des NKF zum Tragen, denn sie seien produktorientiert aufgestellt. Die maßgeblichen politischen Beratungen zum Etatentwurf finden deshalb auf der Ebene der genannten Teilpläne statt. Diese bestehen aus dem Teil A und dem Teil B. Im Teilfinanzplan A, der Zahlungsübersicht, müssen produkt- oder produktgruppenorientiert die geplanten investiven Aus- und Einzahlungen nachgewiesen werden. Der Finanzplan B enthalte die Planung der investiven Maßnahmen. Den Finanzplan des Haushaltsjahres 2009 habe man nur durch die Inanspruchnahme der liquiden Mittel in Höhe von rd. 2,23 Millionen € ausgleichen können. Die liquiden Mittel ergeben sich aus dem Überschuss des Vorjahres nach dem Stand vom 31.12.2008. Der Überschuss habe sich auch insoweit ergeben, als am Ende des Haushaltsjahres 2008 keine Reste gebildet worden seien. Zur Finanzierung der Investitionen des Finanzplanes sei 2009 eine Darlehensaufnahme (ohne Umschuldung) von 2,6 Mio. € vorgesehen. Da rd. 2,734 Mio. € Kredite getilgt werden, ergebe sich unter dem Strich eine leichte Entschuldung in Höhe von 134.000,00 €. Der Schuldenstand im Kernhaushalt betrage trotz erheblicher Entschuldungsbeiträge in den vergangenen Jahren nach dem Stand vom 31.12.2008 noch immer 63,5 Mio. €. Nach den Plandaten des Haushaltsentwurfs 2009 werde die Verschuldung in den kommenden vier Jahren weiter um rd. 2,3 Mio. € verringert. Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise seien derzeit noch nicht abzusehen; mit zurückgehenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben sei jedoch zu rechnen. Abschließend bat Herr Klaes, den mit großer Mühe erreichten Haushaltsausgleich nicht zu gefährden. Eventuell gewünschte Mehrausgaben oder -auszahlungen sollten mit Deckungsvorschlägen an anderer Stelle einhergehen. Eine Änderungsliste werde derzeit seitens der Verwaltung erstellt und rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen zur Verfügung stehen.

Im Anschluss schlug der Vorsitzende hinsichtlich der Vorgehensweise vor, nur jene Produkte zu thematisieren, zu denen konkret Nachfragen oder Änderungswünsche bestehen.

Einwendungen wurden nicht erhoben.

Zu folgenden Produkten ergab sich Erläuterungsbedarf:

Produkt 010605 Zentraler Bürgerservice, Bürgerbüro

S. 52, Ziff. 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen; 109.800,00 €

Ratsmitglied Linnemann äußerte ihre Verwunderung über die Konstanz der Ansätze.

Frau Schlieper erläuterte die einzelnen Positionen unter Ziffer 16.

Produkt Baurechtsangelegenheiten

S. 111, Ratsmitglied Pott bezweifelte die Richtigkeit der Nullansätze.

Hierzu äußerte Frau Schlieper, dass diese abhängig seien von den Fachdienstanmeldungen.

Produkt 011305 Zentrale Gebäudewirtschaft

S. 124; Ratsmitglied Tarner hinterfragte den 20%-igen Anstieg bei den Heizkosten, insbesondere unter dem Aspekt der beabsichtigten 40 %-igen Einsparung im Rahmen des Energiekonzeptes.

Ratsmitglied Pott schloss sich der Nachfrage an.

Herr Meier erläuterte, die Kalkulation sei schwierig. Man könne nur von den aktuellen Verbräuchen ausgehen. Diese würden sinken, wenn entsprechende Investitionen getätigt würden.

Produkt 020501 Feuerwehr und Brandschutz

S. 170, Ziff. 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen; Funkmeldeempfänger, 54.000,00 €

Ratsmitglied Tarner fragte an, wie die Beschaffung auf 2 Jahre zu verstehen sei, wenn nur einmal ein Ansatz in Höhe von 54.000,00 € gebildet worden sei.

Frau Schlieper äußerte sich dahingehend, dass vermutlich die Erläuterung im Rahmen der Etatberatungen nicht angepasst worden sei.

Produkt 050901 Sozialversicherungsangelegenheiten

Ratsmitglied Haske äußerte seine Verwunderung über die Behandlung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr

Herr Meyer wies daraufhin, dass das Produkt dem Bürgerbüro zugeordnet sei.

Produkt 100103 Denkmalschutz und – pflege

S. 592, Ziff. 15, Transferaufwendungen

Ratsmitglied Pott erkundigte sich, warum bei den Transferaufwendungen von 14.000,00 € nur in 2009 ein Ansatz in Höhe von 10.000,00 € für Zuschüsse an Dritte gebildet worden sei, in den Folgejahren jedoch nur noch 4.000,00 € als Stadtpauschale angesetzt worden sei.

Herr Meier erläuterte, dass es für die nächsten Jahre keine Anfragen gebe.

Produkt 110105 Betrieb BHKW Rathaus (Elektrizitätsversorgung)

Ratsmitglied Tarner bat um Erläuterung des negativen Ergebnisses. Ziel sei es ursprünglich gewesen, Energiekosten einzusparen.

Herr Klaes erläuterte die Verteilung der Personalkosten. Herr Meier wies daraufhin, dass es sich bei den Ansätzen für Sach- und Dienstleistungen um die Wartungskosten handle. Der Stromverbrauch (Strom, den das BHKW liefert und der teilweise im Rathaus verbraucht wird) werde nicht abgerechnet.

Produkt 110107 Betrieb BHKW Rathaus (Fernwärmeversorgung)

Ratsmitglied Tarner erkundigte sich nach den Ursachen für das Minusergebnis.

Herr Meier wies daraufhin, dass durch den Verkauf von Wärme zwar Einnahmen erzielt werden, gleichzeitig aber auch Wärme mit entsprechenden Kosten bezogen werde. Es seien die Kosten für den Gasbezug aufgeführt, jedoch werde der Verbrauch für Rathaus und Feuerwache nicht abgerechnet. Beides soll möglichst im nächsten Haushaltsplan berücksichtigt werden.

Produkt 110301 Entwässerung und Abwasserbeseitigung

S. 647, Ziff. 13. Gebühren für Wasserrechte

Ratsmitglied Pott erkundigte sich nach dem Hintergrund für den Ansatz in Höhe von 20.000,00 € im Jahre 2009 sowie in den folgenden Jahren lediglich in einer Höhe von 2.000,00 € jährlich.

Herr Fernkorn beantwortete die Nachfrage dahingehend, dass besonders viele Wasserrechte in

diesem Jahr auslaufen.

Des Weiteren fragte Ratsmitglied Pott nach, warum einige geplante Maßnahmen, z.B. Bussardstraße oder Auf dem Völker, nicht wieder zu finden seien.

Bezüglich der Bussardstraße verwies Herr Fernkorn auf das Schreiben einiger Anlieger, die den Ausbau nicht wünschen. Eine Entscheidung hierzu treffe der Haupt- und Finanzausschuss.

Die Maßnahme Auf dem Völker werde geschoben in Abhängigkeit von dem Abwasserbeseitigungskonzept, das eine Kanalsanierung aus hydraulischen Gründen erst später vorsehe. Sinnvollerweise werde der Kanal vor der Straßenoberfläche gebaut.

Produkt 110501 Maßnahmen der Abfallwirtschaft

S. 674, Ziff. 17, Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Ratsmitglied König erkundigte sich nach dem Saldo in Höhe von -71.550,00 €.

Herr Heuckmann erläuterte, dass dieser durch interne Leistungsverrechnungen entstehe.

Produkt 120101 Verkehrsflächen und –anlagen incl. Beleuchtung

S. 679; Ratsmitglied Pott äußerte seine Verwunderung darüber, dass einige Maßnahmen, die für 2009 vorgesehen waren, im Haushaltsplan nicht mehr zu finden seien und umgekehrt Maßnahmen, die bisher nicht vorgesehen waren, dort angesetzt seien.

Herr Fernkorn verwies darauf, dass im NKF keine Reste gebildet werden konnten. Es sei daher der Versuch unternommen worden, einige Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms II zu fördern.

S. 697, Ratsmitglied König erkundigte sich zum Gehweg Lippborger Straße.

Herr Fernkorn erläuterte, dass es sich um den Bereich auf der linken Seite ab Feuerstraße bis Firma Beese handele. Die Maßnahme werde gemeinsam mit dem Kreis durchgeführt.

Ratsmitglied Pott fragte nach zum Gehweg Oelder Straße.

Herr Fernkorn wies daraufhin, dass die Maßnahme der an der Lippborger Straße gleiche. Für den Radweg liege die Zuständigkeit beim Kreis, für den Gehweg bei der Stadt.

Produkt 120109 Parkeinrichtungen und Parkraumbewirtschaftung

S. 716, Ziff. 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen

Ratsmitglied Tarner fragte an, um welche Mieten und Pachten es sich handele.

Herr Fernkorn beantwortete die Frage unter Hinweis auf die Erläuterungen zu Ziff. 16. Hier handele es sich um den Parkplatz Hoffmeier/Sparkasse/ Höpker.

Produkt 130102 Bereitstellung von Grün- und Erholungsflächen

S. 746, Ziff. 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen

Ratsmitglied König bat um Erläuterung der angesetzten Mieten und Pachten.

Unter Hinweis auf die Erläuterungen zu Ziff. 16 beantwortete Herr Heuckmann die Anfrage dahingehend, dass es sich um Flächen im Rahmen der Reitroute handele.

Produkt 140201 Bodenschutz, Vorsorge/ Abwehr Altlastenbedingter Gefahren

S. 804, Ziff. 2 und 13, Zuwendungen und allgemeine Umlagen bzw. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Ratsmitglied Pott erkundigte sich zum aktuellen Stand der Erstellung einer digitalen Bodenbelastungskarte.

Herr Heuckmann erläuterte, dass für das Jahr 2008 keine Fördermittel in ausreichender Höhe zur Verfügung gestanden haben. Ein entsprechender Antrag werde für 2009 erneut gestellt.

Des Weiteren fragte Ratsmitglied Pott an, ob in 2009 die Ausstattung der Spielplätze vorgesehen sei.

Herr Klaes wies daraufhin, dass hier die Zuständigkeit des Fachbereichs Jugend und Soziales gegeben sei. Dieser habe die Aufgabe, ein Spielplatzkonzept zu erstellen.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die in der Anlage zur Vorlage aufgelisteten Produkte mit den jeweiligen Produktkonten werden beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten oder Folgekosten.

Finanzierung

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt entstehen nicht.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen Ja 11 Nein 0 Enthaltung 1

5. Stadtentwicklungskonzept Beckum 2020

Vorlage: 2009/0034 Beratung

Herr Herbst führte zu diesem Tagesordnungspunkt ein. Die Verwaltung habe dem Rat in seiner Sitzung am 16.12.2008 den Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes Beckum 2020 (StEK) vorgelegt. Dieser habe beschlossen, den Verwaltungsentwurf zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse zu verweisen. Diese seien aufgefordert, über das Konzept zu beraten und eine Beteiligung der Bevölkerung und der gesellschaftlich relevanten Gruppen sicherzustellen. Der Rat habe in seiner Sitzung am 26.02.2009 beschlossen, eine Koordinierungsrunde StEK einzurichten, um eine weitere abgestimmte Vorgehensweise der Ausschüsse zu gewährleisten. Diese habe 03.03.2009 erstmalig getagt. Aufgabe der Koordinierungsrunde sei es nicht, inhaltliche Fragen zu klären. Dieses sei Aufgabe der einzelnen Ausschüsse. Relevant für den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr seien vorrangig die Kapitel 6, 7 und Kapitel 8 in Teilen. Zunächst erfolge eine kurze inhaltliche Zusammenfassung der wesentlichen Ziele dieser Kapitel durch die Verwaltung. Im Anschluss werden die Ausschussmitglieder gebeten, ihre Ideen, Wünsche und Anregungen in die Diskussion einzubringen. Abschließend wies er daraufhin, dass bis zu den Sommerferien innerhalb der Ausschüsse möglichst ein Ergebnis erzielt worden sein müsse, um anschließend bis Ende des Jahres das Konzept überarbeiten und fertigstellen zu können.

Der Vorsitzende übergab sodann das Wort an die Verwaltung.

Entsprechend der Zuständigkeiten ihrer Fachbereiche trugen Herr Fernkorn sowie Herr Meyer die jeweiligen Ziele zu **Kapitel 6 - Infrastruktur** – zusammenfassend vor.

6.1. Überörtlicher Straßenverkehr

Die Entwicklungen im überörtlichen Straßenbau ergeben sich aus den Vorgaben des Bundesverkehrswegeplanes 2003 und seien geprägt vom Umstufungskonzept autobahnparalleler Bundesstraßen aus dem Jahre 1995. Bundesstraßen, die in einem Abstand von weniger als fünf Kilometern parallel zu Bundesautobahnen verlaufen, dienen demnach nicht dem in § 1 Bundesfernstraßengesetz geforderten weiträumigen Verkehr und können in einem guten, dem heutigen Stand der Technik entsprechenden Zustand vom Land NRW übernommen werden.

Ziel sei darum eine Unterstützung bei dieser Umstrukturierungsmaßnahme im überörtlichen Straßenverkehr, da damit auch entscheidende Verbesserungen in der Linienführung der überörtlichen Straßen einhergehen. Die Vorgaben des Bundesverkehrswegeplanes entsprechen damit den Zielvorstellungen der Stadt Beckum.

6.2. Innerstädtische Verkehrsentwicklung

Ziel des Verkehrsentwicklungsplanes von 1993 sei die Entwicklung eines Konzepts für

einen städtebaulich-, sozial- und umweltverträglichen Stadtverkehr gewesen. Die allgemeine Zielsetzung für den Straßenverkehr in Beckum ergebe sich damit aus der Fortentwicklung dieser Forderungen.

Im Übrigen soll erreicht werden, dass der Verkehr in der Stadt sicher ablaufe und dass Verkehrsübertretungen, wie insbesondere das zu schnelle Fahren und das Parken auf Bürgersteigen und Radwegen, eingedämmt werden.

6.3. Ruhender Verkehr

Das bestehende Parkraumbewirtschaftungskonzept in der Innenstadt Beckum habe sich grundsätzlich bewährt und soll behutsam weiterentwickelt werden.

6.4. ÖPNV mit Bus und Bahn

Die Vorschläge zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, wie sie im Verkehrsentwicklungsplan von 1993 dargestellt werden, insbesondere die Nutzbarmachung des Straßenraums für schwächere Verkehrsteilnehmer, seien weiterhin erklärtes Ziel der Stadtentwicklungsplanung.

Ziel sei daher die Schaffung eines Umweltverbundes durch besondere Förderung der Fußgänger, des Fahrradverkehrs und des ÖPNV.

Die Neuordnung der oberen Nordstraße und des Busbahnhofes soll auf Grundlage des vorliegenden Wettbewerbsergebnisses zeitnah weiterentwickelt werden und damit der Busbahnhof näher an die Innenstadt herangerückt werden.

Aufgrund der Vielzahl der Schwachstellen / Mängel am Bahnhof Neubeckum, der damit nicht den Mindestanforderungen einer modernen, den heutigen Standards angepassten Verkehrsstation entspricht, sei für den Bahnhof Neubeckum kurz- und mittelfristig ein ganzheitliches

Handlungskonzept zur funktionellen Verbesserung der Situation des Bahnhofes Neubeckum erforderlich.

6.5. Rad- und Fußgängerverkehr

Das Erfordernis von Geh- und Radwegen entlang der überörtlichen Straßenverbindungen außerhalb der Ortdurchfahrten sei bereits im Verkehrsentwicklungsplan 1993 als wichtiges Netzelement dokumentiert worden. Die Stadt sehe darin wichtige verkehrsplanerische und stadtstrukturelle Projekte zur Attraktivitätssteigerung des Radverkehrs und zur Förderung der Verkehrssicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer. Dies sei im Zuge des Umstufungskonzeptes autobahnparalleler Bundesstraßen auch ein gemeinsames Ziel mit dem Straßenbaulastträger.

Wie bereits im Kapitel 4.3 benannt, sei die Schaffung eines Umweltverbundes durch besondere Förderung der Fußgänger, des Fahrradverkehrs und des ÖPNV erklärtes Ziel der Stadt Beckum.

Weiterhin sei der Lückenschluss des Radwegnetzes in der Innenstadt von Beckum weiter voranzutreiben.

Straßen, Wege und Plätze seien für den Binnenverkehr als Verkehrsadern erforderlich. Sie seien daneben aber auch Lebensraum, Aufenthaltsraum, Spielraum, Naherholungsraum für die Menschen in Beckum. Ziel sei es, diese Funktionen durch eine attraktive sowie naturnahe Begrünung und Gestaltung zu erfüllen.

6.6. Wasser und Abwasser

Wasser

Das „Lebensmittel“ Wasser müsse geschützt und gesichert werden.

Die Flächenversiegelung sollte reduziert werden.

Abwasser

Ziel:

Die Reinigungsleistung durch ausreichende Wartung und Unterhaltung erhalten bzw. sogar noch verbessern.

Die Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie. Die kostengünstigste Variante sei zu untersuchen.

Nutzung der in den Schlämmen vorhandenen Nährstoffe in der Landwirtschaft.

Betrieb eines hydraulisch und baulich den Anforderungen entsprechenden

Kanalnetzes. Die Exfiltration von Abwasser in das Grundwasser sei auszuschließen.

Nachdem zunächst innerhalb der Vorträge einzelne Anfragen zu einzelnen Maßnahmen zugelassen wurden, fragten die Ratsmitglieder Pott und Linnemann an, wie die weitere Handhabung erfolgen solle, da in ihren Fraktionen bereits vorgearbeitet und Ziele formuliert worden seien.

Ratsmitglied König schlug vor, den Tagesordnungspunkt nochmals in den Fraktionen zu erörtern und in der nächsten Sitzung die Meinungen gebündelt vorzutragen.

Ratsmitglied Heckmann wies daraufhin, dass ihre Fraktion das Konzept bisher nur bis Kapitel 5 behandelt habe. Daher befinde man sich derzeit auf einem unterschiedlichen Stand.

Ratsmitglied Pott schloss sich dem Vorschlag an, den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung erneut zu behandeln.

Herr Herbst gab zu bedenken, dass die vorgesehene Verfahrensweise ursprünglich eine andere gewesen sei und regte an, die heutige Sitzung für weitere Fragen zu nutzen.

Ratsmitglied Linnemann wies daraufhin, dass zwischen allen Fraktionen Einigkeit darüber geherrscht habe, das Stadtentwicklungskonzept nicht zum Wahlthema zu machen.

Ratsmitglied König regte an, den Tagesordnungspunkt, insbesondere die Kapitel 6- 8, nochmals in den Fraktionen zu beraten und im nächsten Ausschuss erneut zu thematisieren. Einwendungen wurden nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

6. Anfragen

Sachkundiger Bürger Ottenlips wies daraufhin, dass sich im Bereich Nordstraße/Dresdner Bank das Pflaster verschoben habe.

Herr Fernkorn erläuterte, dass es sich um witterungsbedingte Schäden handele, die überarbeitet werden müssen.

Des Weiteren wies Herr Fernkorn daraufhin, dass Mängel in der Poststraße bekannt seien. Diese werden im Rahmen der Gewährleistung behoben.

Ratsmitglied König erkundigte sich nach dem Sachstand Bürgerantrag Händelweg.

Diesbezüglich äußerte Herr Meyer, dass zwischenzeitlich ein Speed-Display aufgestellt worden sei. Nach erfolgter Auswertung werde zunächst eine Erörterung in der Verkehrsbesprechung stattfinden.

Ratsmitglied Haske erkundigte sich nach dem Sachstand zur Problematik des kritischen Jugendtreffs in den Abendstunden im Bereich des Altentreffs an der Kindertagesstätte Clemens-August- Straße.

Herr Meyer erläuterte, dass das Problem im Rahmen der Ordnungspartnerschaft behandelt werde.

Ratsmitglied Heckmann wies daraufhin, dass der Balkon einer Wohnung im 2.OG des zur Ahlener Straße gelegenen THS Gebäudes mit Müll und Gerümpel zugestellt sei. Obwohl es sich wahrscheinlich um eine zivilrechtliche Angelegenheit handele, bat Ratsmitglied Heckmann die Verwaltung, die Angelegenheit zu überprüfen.

Ratsmitglied Haske ergänzte, das gesamte Gebäude bilde einen Schandfleck für Beckum.

Ratsmitglied Pott fragte an, ob die Möglichkeit bestehe, im Bereich der Straße „Am Volkspark“ ein Speed-Display aufzustellen, da es sich zwar um eine 30 km-Zone handele, viele

Fahrzeugführer aber – besonders in den Abendstunden- merkbar schneller die Straße befahren.
Herr Fernkorn äußerte die Vermutung, dass der Verkehr aufgrund der eingerichteten Umleitung in Zusammenhang mit der Baumaßnahme Hauptstraße/ Fritz-Reuter-Straße zugenommen habe.

Für die Richtigkeit:

Beckum, den 16.04.2009

gezeichnet
Stefan König
(Vorsitz)

Beckum, den 16.04.2009

gezeichnet
Gabriele Günnewig
(Schriftführung)